

23. März 2010

Pressemitteilung



EUGEN SCHLACHTER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Haus der Abgeordneten

Konrad-Adenauer-Straße 12

70173 STUTTGART

Telefon: 0711/ 2063 - 652

Telefax: 0711/ 2063 - 660

eugen.schlachter@gruene.landtag-bw.de

www.eugen-schlachter.de

Grüner Finanzpolitiker hält geplante Banken-Sonderabgabe für

„Abzocke und Missbrauch“

Eugen Schlachter: „Die Frommen sollen offenbar die Sündigen finanzieren“

„Als völlig verfehlt“ bezeichnete der Landtagsabgeordnete Eugen Schlachter das Vorhaben der Bundesregierung einen sogenannte Banken-Sonderabgabe einzurichten, der die Risiken künftiger Banken Krisen übernehmen soll. Schlachter wies darauf hin, dass hier versucht werde, von der politischen Verantwortung der Bundesregierung für die Versäumnisse bei der Regulierung der Finanzmärkte abzulenken. „Frau Bundeskanzlerin Merkel hat die Dinge vor der Finanzkrise doch schleifen lassen. Als schon klar war, dass gefährliche Schief lagen drohen, hat sie nichts gegen die Laisser-Faire Politik aus USA und England unternommen.“

Die Versagen der Politik zeige sich, so Schlachter, auch darin, dass genau die Banken des Staates, nämlich die Landesbanken, bei an den Geschäften mit „Risikopapieren“ ganz vorne mit dabei waren.

Eine solche Sonderabgabe aller Kreditinstitute, wie die Bundesregierung sie plane, würde eine sehr heterogene Risikogemeinschaft zusammenfassen. Damit schwäche ein derartiger Fonds die Eigenverantwortlichkeit einzelner Banken und verleite zu einem höheren Risikoverhalten. Ein risikoreicheres Gesamtsystem könne aber weder im nationalen noch im internationalen Interesse liegen.

Die große Zahl der Banken, die seriös gearbeitet hatten und sich an windigen Geschäften nicht beteiligten, wie etwa die Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisenbanken, sollen nun Zwangszahlungen an einen Fonds leisten. Wobei gerade diese Institute sich während der Finanzmarktkrise als stabilisierend erwiesen hatten. Dies zeige deutlich, was geplant sei. „Hier soll offenbar die große Zahl der Frommen für den kleinen Kreis der Sünder bezahlen, die mit ihrer Spekulationsmentalität Milliarden Schäden angerichtet haben. Das bezeichne ich als Abzocke und Missbrauch; mit Solidarität und Finanzmarktstabilisierung hat das nichts zu tun“, so Schlachter.

Schlachter forderte Ministerpräsident Mappus auf, sich bei der Bundesregierung klar und deutlich gegen den geplanten Banken-Sonderfonds auszusprechen. Ansonsten müsste die mittelständische Bankenlandschaft in Baden-Württemberg Lasten tragen „die andere vervespern“. Da die Zahlungen an diesen Fonds zur Einschränkung bei der Eigenkapitalbildung der Banken führten, habe dies eine Verknappung des Kreditangebots direkt zur Folge. „Das wäre doch in der aktuellen konjunkturellen Phase wohl genau das falsche Signal“, so Schlachter abschließend.